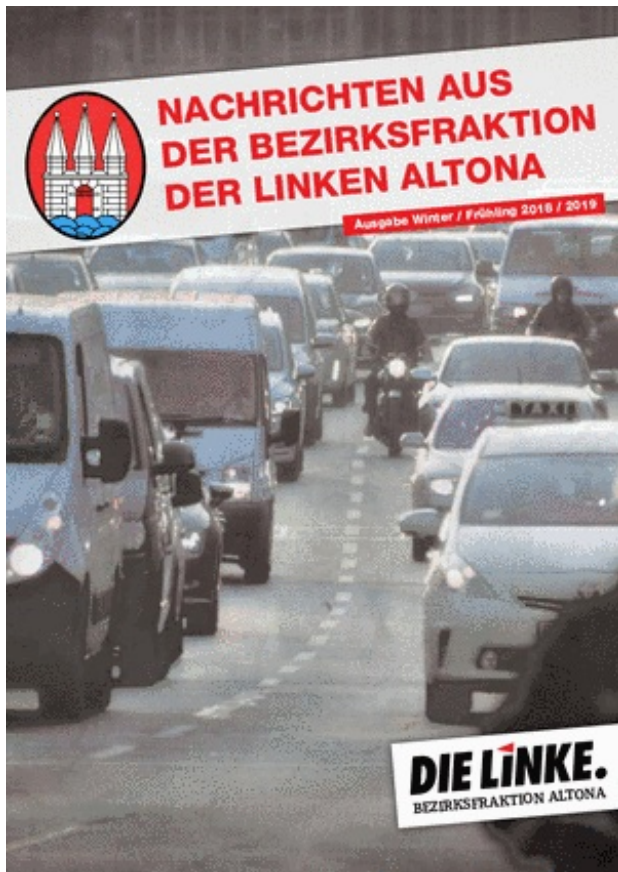


Nachrichten aus der Bezirksfraktion



6 Monate Durchfahrverbote in Hamburg haben nichts gebracht, im Gegenteil!

Nach Jahrzehnten der Versprechungen, das Problem der Luftverschmutzung in Hamburg innerhalb weniger Jahre zu lösen und nach 6 Monaten Durchfahrverboten in Abschnitten der Stresemannstraße und der Max-Brauer-Allee ist festzustellen: Im Oktober 2018 hat sich die Stickoxidbelastung an den Messstationen Max-Brauer-Allee und Stresemannstraße im Vergleich zu denen von 2017 trotz des Pseudodurchfahrverbotes erhöht (von 39 auf 41 μm^3 NO₂). Im September 2018 werden an der Max-Brauer-Allee sogar extreme 51 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ NO₂ gemessen. In den Sommermonaten gab es geringfügige Verbesserungen (siehe unten), was aber auch an der Ferienzeit und damit geringeren Verkehrsdichte liegen kann. Hinzu kommt die Mehrbelastung in den umliegenden Straßen, die als Ausweichstrecken benutzt werden. Das ist eine Bankrotterklärung der Maßnahmen des Hamburger Senates zur Einhaltung des Luftreinhalteplans.

[WEITER ZUR NEUEN BROSCHÜRE](#)

[ZU DEN FRÜHEREN AUSGABEN](#)

Pressemitteilung

Pressemitteilung

Hamburg, 17. Dezember 2018
WP 21/#1433

Rosskur bei der Max-Brauer-Schule: Was hat den Senat geritten?

In der vergangenen Woche wurde der Max-Brauer-Schule eröffnet, dass die Behörde für Schule und Berufsbildung plant, sie in weniger als fünf Jahren komplett umzubauen. Lehrkräfte und Eltern wurden vor vollendete Tatsachen gestellt. Dazu **Sabine Boeddinghaus**, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft: *„Wieder einmal entscheidet der Senator über die Köpfe der Schulen hinweg, wieder einmal gibt es keine transparente Entscheidungsfindung, wieder einmal sind Schüler_innen, Eltern, Lehrer_innen und Fachkräfte bloße Verschubmasse. Das ist ignorant und anmaßend.“* Boeddinghaus stört sich am undemokratischen Vorgehen und dem massiven Eingriff in die Schulautonomie. *„Der Senat plant auf Jahre hinweg. Er wusste von steigenden Schüler_innenzahlen. Warum ist es so schwer, mit den Schulen gemeinsam die Entwicklung zu planen? Der Senat kriegt es einfach nicht hin, auf Augenhöhe mit den Praktiker_innen vor Ort die Bedarfe der Schulen und der Schüler_innen zu besprechen. Das ist eine selbstherrliche Politik, die die Mangelverwaltung des Senats in schulischen Belangen verdeckt.“*

Dabei weist die Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Altona schon seit langem auf die zu geringen Schulflächen hin. **Wolfgang Ziegert**, Abgeordneter der Linksfraktion Altona: *„Der Senat hat sich nicht rechtzeitig um neue Standorte bemüht und in neuen Wohnbaugebieten keine Flächen für Schulen ausgewiesen - als würde es überhaupt keinen Bedarf geben!“*

DIE LINKE sieht sich in ihrer Auffassung bestätigt, dass es dringend einen neuen, regionalen Schulentwicklungsplan geben muss, an dem die Schulen direkt beteiligt werden. *„Die Nachlässigkeit, mit der Senator Rabe die schulischen Bedarfe missachtet, zeigt seine Ahnungslosigkeit in schulischen, pädagogischen und kinderrechtlichen Fragen“*, meint Sabine Boeddinghaus.

Kontakt: Florian Kaiser, Pressesprecher, Telefon 040 / 42 831 2445, Mobil 0160 / 9857 4945
Telefax 040 / 42 731 2277, pressestelle@linksfraktion-hamburg.de, www.linksfraktion-hamburg.de
DIE LINKE. Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg

Thema

100 Jahre NOVEMBER- REVOLUTION in Altona



**Die Texte und Bilder der Veranstaltung am
Dienstag, 6. November im Rathaus Altona**

Mitwirkende: Artur Brückmann, Nadia Hafez, Werner Haertel, Robert Jarowoy, Dieter
Lechte, Irina Schniske, Volker Völsch

Zusammenstellung: Werner Haertel

Wir danken Allen, die uns unterstützt und die Veranstaltung ermöglicht haben.

DIE LINKE. ALTONA - Bezirksverband und Bezirksfraktion

Thema



Bild: Martin Jäger / pixelio.de

OBDACHLOS ALS FRAU

von Blanca Merz

Obdachlosigkeit bedeutet für Frauen nicht nur, ihr Zuhause zu verlieren. Sie lassen auch ihre Kinder zurück und ihre Erinnerungen (Fotos, Briefe, Dokumente u. v. m.). Familie und Freunde distanzieren sich, Beziehungen werden gekappt und das frühere Leben gibt es nicht mehr. Vor allem aber verliert sie ihre Würde als Frau. Sie hört auf, Mutter, Großmutter, Schwester oder Tochter zu sein. Von nun an vegetiert sie auf den Straßen, meistens in Großstädten, und wird nicht mehr wahrgenommen. Menschen, gleich welchen

Sozialstatus, gehen an ihr vorbei, als existiere sie nicht!

Diese Frauen versuchen, zuerst bei Freunden unterzukommen, werden dort aber nicht lange Zeit geduldet. Am schlimmsten ist es, wenn Kinder dabei sind und sie fürchten müssen, dass ihr das Jugendamt die Kinder wegnehmen könnte.

Im heißen Sommer dieses Jahres machte ich die Bekanntschaft mit einigen Frauen, die auf der Straße hausten. Eine von ihnen ist Johanna.

WEITERLESEN

PM der Initiative "Spritzenplatz bleibt - unser Platz an der Sonne!"

PRESSEMITTEILUNG

Öffentliche Präsentation der Architekturentwürfe und Kürung des Siegerentwurfs

Die Jury hat entschieden und die "beteiligten" Bürgerinnen und Bürger reiben sich verwundert die Augen!

Denn Höhe und Kubatur sind schlimmer gekommen, als es die Bürgerinitiative 'Spritzenplatz bleibt!' befürchtet hatte.

Eine Abwägung öffentlicher und privater Belange, wie sie im Baugesetzbuch festgeschrieben steht –

und uns immer wieder vorgehalten wurde – hätte zu anderen Ergebnissen führen müssen.

Auch für diejenigen, die am 15.11. nicht zugegen waren, wäre spannend zu wissen, wie die anderen Entwürfe ausgesehen haben und was die Anwesenden jeweils dazu auf ihre extra vorbereiteten Kommentar-Zettel geschrieben hatten. Daran würde deutlich werden, wie sehr der Bürgerwille mit Füßen getreten wird und, dass der "Sieger" wohl vorher schon feststand.

WEITERLESEN

Veranstaltung "Aufbruch für kommunale Rechte im Bezirk" 18. Oktober 2018, Rathaus Altona



Bürgerbegehren, Bürgerentscheide - nur Schall und Rauch



Bürgerbegehren, Bürgerentscheide - nur Schall und Rauch

Als auf Betreiben von Mehr Demokratie e.V. <[URL: http://www.mehr-demokratie.de/](http://www.mehr-demokratie.de/)> 1998 durch Volksentscheid Bürgerbegehren und Bürgerentscheide für die Hamburger Bezirke eingeführt wurden, keimte in Altona die Hoffnung auf, dass man mittels Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden etwas von der verloren gegangenen Eigenständigkeit zurückgewinnen könnte. War doch in der Nazi-Zeit 1938 der bis

dahin selbständigen Großstadt Altona durch die Schaffung der Hamburger Einheitsgemeinde ihr Selbstbestimmungsrecht vollständig entzogen worden. An diesem Zustand änderte sich auch nach dem Krieg nichts. Alle Senate, ob SPD- oder CDU-geführt, behielten die Regelung bei, dass die Bezirke lediglich ein Empfehlungsrecht hätten, die Entscheidungsgewalt über alle wirklich wichtigen Fragen aber allein beim Senat und seinen Fachbehörden liegen sollte. Das bedeutete, dass die vom Grundgesetz festgeschriebene Dreigliedrigkeit der Entscheidungsebene - Bund, Länder, Kommunen - in Hamburg außer Kraft gesetzt wurde, indem die kommunale Selbstbestimmung der Bezirke auf die Landesebene verlagert wurde, so dass den Bezirken und ihren gewählten politischen Vertretungen - den Bezirksversammlungen - lediglich ein Vorschlagsrecht blieb, das jederzeit vom Senat evoziert, d.h. bezüglich der Entscheidungsgewalt an sich gezogen werden konnte.

WEITERLESEN

20 Jahre Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Hamburg (Mehr Demokratie e.V.)

Grünbrücke über die Behringstraße

Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Bezirksversammlung am 25.10.2018

Nördlich der Behringstraße sind große, stark verdichtete Neubaugebiete entstanden bzw. werden auch weiterhin entwickelt. Die neue große Sportanlage an der Baurstraße jenseits der S-Bahn-Linie soll Kindern aus einem riesigen Umfeld Möglichkeiten für Freizeit- und Schulsport bieten. Südlich der Behringstraße soll ein Standort für eine neue Schule gefunden werden. Perspektivisch sollen auf den jetzigen Kleingartenflächen neue Wohnungen entstehen.

Zwischen all diesen Lebensräumen liegt die Behringstraße, Ausfallstraße und Autobahnzubringer mit hoher Verkehrsfrequenz von nahezu 30.000 Kfz/Tag und Lärmwerten von > 70 und gar > 75 dB (A) und trennt die genannten Nutzungsbereiche. Die Querung ist insbesondere für Kinder schwierig und gefährlich. Hier ist ein erheblicher Handlungsbedarf zur deutlichen Verbesserung der prekären Situation zu identifizieren. Erforderlich zur Konfliktlösung ist die Erarbeitung eines leider bisher nicht vorhandenen integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes, das den betreffenden Gesamtraum umfasst und alle Nutzungsansprüche, für die Regelungsbedarf besteht, einbezieht. Hierbei ist eine Aufwertung und Qualifizierung des öffentlich zugänglichen Raumes, des Wohnumfeldes sowie von Grün- und Freiflächen erforderlich, bei dem die sinnvolle Vernetzung der Teil-Nutzungsräume entwickelt wird. Die intensive Beteiligung und die Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern ist Grundvoraussetzung für die Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe am Prozess und somit auch des sozialen Zusammenhalts der Menschen in diesem Raum beidseitig der Behringstraße.

Ein wesentlicher Baustein einer zu erarbeitenden Lösung ist eine insbesondere kindgerechte Querung der Behringstraße zu Fuß und mit dem Fahrrad. Hier ist sozusagen eine „Grüne Welle“ zu schaffen, also eine Entwicklung, die Grau zu Grün macht.

Durch diese Querung kann ggf. gleichzeitig der Verkehrsfluss auf der Behringstraße verbessert werden, sodass zu einer Reduktion von Schadstoffimmissionen beigetragen wird.

Weiterhin ist ein Ergebnis einer Grünbrücke, dass der auf dem Autobahndeckel entwickelte Grünzug, der ja den Volkspark mit der Elbe verbinden soll, dies aber nicht tut, da er an der Behringstraße endet, nunmehr doch fortgeführt werden kann durch Überbrückung der Behringstraße.

Die Bezirksversammlung beschließt nach § 27 BezVG, die zuständigen Fachbehörden des Senats, insbesondere den Landesbetrieb Brücken, Straßen und Gewässer, aufzufordern, eine konzeptionelle Planung einer Grünbrücke über die Behringstraße einzuleiten und die Bevölkerung beidseits der Behringstraße frühzeitig in den Planungsprozess einzubeziehen.

Petition:

Die Bezirksversammlung wird um Zustimmung gebeten.

DIE LINKE. Bezirksfraktion Altona

Hamburg, 23.08.2018

Bürgerbefragung zum Altonaer Bahnhof

Zur Bezirksversammlungssitzung am 30. August 2018 hat DIE LINKE Bezirksfraktion Altona folgenden Antrag gestellt:

Bürgerbefragung zum Altonaer Bahnhof

Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE

Nachdem nun das Oberverwaltungsgericht nicht nur den Baustopp zur Schließung/Verlegung des Altonaer Bahnhofs im Eilbeschlussverfahren verfügt, sondern in der Begründung darauf verwiesen hat, dass vermutlich nach abschließender Beurteilung im Hauptverfahren der ganze Planfeststellungsbescheid für rechtswidrig erklärt werden wird, sollte das Verfahren insgesamt in den Reset-Modus gestellt und endlich die bislang nie erfolgte Variantenprüfung zum Erhalt des jetzigen Bahnhofstandortes geprüft und planerisch verfolgt werden, und zwar unter Einbeziehung der Bevölkerung hinsichtlich der Fahrgastfreundlichkeit (Pendler, Fernreisende, AutoreisezugnutzerInnen), der städtebaulichen Bedeutung eines Fernbahnhofs im Herzen Altonas sowie der Auswirkungen auf die um den Bahnhof herum gelegenen Geschäfte, insbesondere in Richtung Ottensen.

Nach §19 BezVG wird das Bezirksamt verpflichtet, zusammen mit der Wahl zur Bezirksversammlung eine Bürgerbefragung durchzuführen mit der Fragestellung: Sind Sie dafür, dass der Altonaer Fern- und Regionalbahnhof nach Diebsteich verlegt wird, oder soll er modernisiert an seinem jetzigen Standort verbleiben?

Petitur:

Die Bezirksversammlung wird um Zustimmung gebeten.

Hamburg | tel: 254 955 47 | mail: info@linksfraktion-altona.de

[Pressemitteilung als PDF](#)

Beim Stiefkind der Jugendhilfe wird mal wieder gekürzt



Die Rahmenezuweisung für die Bereiche Offene Kinder- und Jugendarbeit, Familienförderung und Jugendsozialarbeit ist seit Jahren nicht auskömmlich, d. h. die Angebote in den bestehenden Einrichtungen im Bezirk Altona konnten schon mit den zugewiesenen Geldern seit 2012 nicht mehr bedarfsgerecht gedeckt werden. Die damals beschlossene Schuldenbremse und die einmalige Kürzung um 10,2% haben seitdem eine jährliche Unterdeckung von ca. 350.000,00 € im Bereich der Altonaer Kinder- und Jugendhilfe hinterlassen. Diese Finanzierungslücke taucht jedes Jahr wieder auf und konnte in den letzten Jahren zwar kreativ, aber nur notdürftig mit Umschichtungen und Restmitteln gedeckt werden. Die angekündigte Aufstockung der zu erwartenden Tarifsteigerungen (bei Anerkennung der Tarifautonomie eine Selbstverständlichkeit) sind dringend notwendig, kommt jedoch den finanziellen Notwendigkeiten in der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe nicht nach. Dies ermöglicht lediglich, Personal in der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe zu halten und somit bestehende Projekte sowie die Infrastruktur aufrecht zu erhalten. Die starke Belastung des Personals aufgrund von knappen Ressourcen und stetig steigenden Kosten werden hiermit nicht aufgehoben. Es besteht die Gefahr, dass wichtige Einrichtungen der OKJA und der Familienhilfe in Hamburg-Altona nicht mehr weiterarbeiten können.

WEITERLESEN

Der Senat beerdigt den sozialen Wohnungsbau



Foto: Rainer Sturm/pixelio.de

Nachdem die SPD den sozialen, d.h. öffentlich geförderten Wohnungsbau in den 60er und 70er Jahren insbesondere in Hamburg entwickelt, vorangetrieben und nahezu bedarfsdeckend umgesetzt hat, hat sie mit dem Wegfall der sozialpolitischen Konkurrenz durch die DDR und dem Einschwenken auf neoliberale Positionen unter Dohnanyi („Hamburg betriebswirtschaftlich wie einen Konzern gestalten“) den Abbauprozess dieses sozialen Wohnungsbaus eingeleitet. Dies wurde unter den drei Senaten unter Führung der CDU bzw. Ole von Beusts mit seinem Finanzsenator Peiner zu Beginn des neuen Jahrtausends verschärft weiterentwickelt - und kollidierte

mit dem gleichzeitig entwickelten Konzept der ‚Wachsenden Stadt‘. Immer mehr Menschen fanden keinen für sie bezahlbaren Wohnraum mehr. Protestbewegungen wie „Recht auf Stadt“ entstanden und gewannen schnell an Einfluss.

Die SPD unter Olaf Scholz erkannte dieses Problem und verkündete, ohne von dem Konzept der wachsenden, betriebswirtschaftlich organisierten Stadt abzurücken, ein anspruchsvolles Wohnungsneubauprogramm (6000 Wohnungen jährlich), wovon ein Drittel öffentlich gefördert sein sollte. Dafür ließ er sich Deutschland weit feiern, um das ganze ohnehin unzulängliche Programm in seiner zweiten Wahlperiode - nunmehr in einer Koalition mit den Grünen - still und heimlich hinsichtlich des sozialen Wohnungsbaus zu beerdigen und durch Dachbegrünung zu ersetzen.

WEITERLESEN

Dreckschleuder Vattenfall-Kraftwerk in Wedel



Foto: Cekora / pixelio.de

Wedeler fordern rasche Abschaltung

Schon seit über einem Jahr nehmen die Anwohner*innen des störanfälligen, bereits fast 60 Jahre alten, mehrfach modernisierten Steinkohlekraftwerks in Wedel einen grauen hartnäckig haftenden Partikelregen auf ihren Köpfen, Spielplätzen, Autos und in ihren Gärten wahr. Bei Analysen dieser Emissionen kam das Hamburger Institut für Ökologie und Politik (Ökopol) zu dem Ergebnis, dass es sich um hochaggressive ätzende Schwefelsäure-Teilchen mit einem besorgniserregend hohen Nickelanteil handele. Die Gutachter empfahlen, nach Kontakt mit den Schadstoffpartikeln die Haut gründlich zu waschen und die

Augen auszuspülen. Sandkästen für spielende Kleinkinder sollten abgedeckt werden.

WEITERLESEN

Drei Bürgerbegehren in Altona im Sommer/Herbst 2017 – und was aus ihnen wurde



Barrio 68

In chronologischer Reihenfolge möchte ich mit dem unter „Barrio 68“ eingereichten Bürgerbegehren beginnen, das einen Tag nach seiner Einreichung durch den Wohnungsbaukoordinator - Staatsrat Kock - in einer jeglichen Gesetzen hohnsprechenden Weise „kalt“ evoziert wurde. Zum Hintergrund: der teils noch gründerzeitlich geprägte, teils in den zwanziger Jahren entstandene Baublock mit einer zu den Straßen geschlossenen „Blockrandbebauung“ befindet sich an der Stresemannstraße und wird östlich und westlich von der

Ruhrstraße bzw. der Schützenstraße begrenzt, nach Norden von der Leverkusenstraße. In dem sehr geräumigen Innenbereich befinden sich neben Garagen die Überreste früherer handwerklicher Nutzung sowie eine Vielzahl z.T. hundert Jahre alte Bäume. Hier will ein Investor drei Baublöcke mit ca. 95 Wohnungen errichten, was von den AnwohnerInnen aufgrund des allgemeinen Wohnungsbedarfs zwar akzeptiert wurde, allerdings nur mit einer 2-3-geschossigen sanften Bebauung ohne Fällung des Baumbestandes.

Weiterlesen

Thema Cornern



An de Eck steiht 'n Jung . . . , an de Eck steiht 'n Deern . . .

Dass die Jungs und Mädels in verdichteten Siedlungsräumen sich an einer Ecke zum Spielen und Klönen treffen, ist nichts Neues. Als der Kemal-Altun-Platz noch unbebaut war, traf man sich dort zum Reden und Rumsitzen. In manchen Kleinstädten Italiens trifft man sich zwischen 18 und 20 Uhr auf einem zentralen Platz. Man zeigt sich, sieht und wird gesehen und redet mit den anderen und dann gehen die meisten nach Hause zum

Foto: Punktional

Essen. Und in dieser Zeit brummt der Platz. In ländlichen Regionen, in denen außer Landschaft nichts ist, treffen sich die Jungs und Deerns im

Häuschen an der Bushaltestelle.

Seit einigen Jahren treffen sich auch bei uns die eher jüngeren Leute abends auf dem Platz, zum Reden und zum Sehen und gesehen werden. Da trifft man alle möglichen Leute, die mal hier gewohnt haben, die mal hier zur Schule gegangen sind, und ein paar Freunde von der und dem, die extra hierher kommen, um zu sehen, gesehen zu werden und um zu reden.

WEITERLESEN

Protokoll Runder Tisch Cornern

WIR IN DER BEZIRKSVERSAMMLUNG 2014-2017



Hier stellen wir die Arbeit der Fraktion DIE LINKE in der Altonaer Bezirksversammlung und den Ausschüssen aus der Zeit von 2014-2017 vor. Zur vollständigen Broschüre [HIER](#)

Die Fraktion in der Bezirksversammlung



Die Kommunalpolitik in Hamburg ist davon geprägt, dass sie weitgehend nicht vor Ort in den Bezirken, sondern durch den Senat und seine Fachbehörden entschieden wird. Dies ist die Folge der sogenannten Einheitsgemeinde, die in Hamburg seit 1938 existiert und nach dem Krieg unverändert in die Hamburger Verfassung übernommen wurde.

[DER GESAMTE TEXT ALS PDF](#)

QUELLE: [HTTP://WWW.LINKSFRAKTION-ALTONA.DE/AKTUELLES/AUS_ALTONA/](http://www.linksfraktion-altona.de/aktuelles/aus_altona/)